

Mitarbeit.

ap. Deutschland ist ein geeignetes Land. Das Kapital ver- dient Millionen über Millionen und ein breiter Goldstrom ergießt sich über alle Schichten — zwar nicht der Bevölkerung, aber doch der bestehenden, der herrschenden Klasse. Und mit dem Reichtum ist auch die Macht gekommen; die früher von ganz Europa verspotteten Krautjunker Osteliens sind jetzt die politischen Herren des drittgrößten Staates der Welt, seinen Teil des Goldstroms in ihre Taschen und ruden in allen Hauptstädten, zwar oft mit wenig Talent aber um so mehr Selbstbewußtsein über die Weltpolitik. Die Schriften und Reden der letzten Jubiläen atmen nur Stolz und Jubel über die Größe und die Herrlichkeit des Reichs.

Und doch, ein Wurm steckt drinnen. Ein schriller Mißton geht durch alle Jubelhymnen. Sie sind nicht ganz echt; hinter ihnen lauert die schwere Sorge, die wie oft auch im Kaufe der Uppigkeit unterdrückt, immer aufs neue und immer mächtiger aufsteigt. Die rote Armee der Sozialdemokratie bedroht als ein innerer Feind diese ganze Herrlichkeit. Den Grundpfeilern des Reichs, dem schaffenden Kapital und der starken Kriegsrüstung steht sie in scharf-ablehnender Feindschaft gegenüber. Und sie mustert schon eine Gefolgschaft von einem Drittel aller Wähler! Hinter dem äußeren Glanz der deutschen Weltmacht verbirgt sich eine innere Schwäche, die denkende Staatsmänner mit Kummer erfüllen muß. Ein tiefer Zwiespalt zerklüftet das deutsche Volk, der seine Hand lähmen muß, wenn es zu großen Taten in der Welt auszuholen möchte.

Da ist es nur allzu begreiflich, daß Mitglieder der bürgerlichen und herrschenden Klasse, die nicht einfach in der Jagd nach Profit oder nach schönen Posten aufgehen, die nicht mit den gewohnten Schlagwörtern und Parteiansichten mitlaufen, sondern selbst über die Zukunft nachdenken, sich immer wieder der Frage zuwenden: Woher stammt die Staatsfeindschaft der deutschen Arbeiterklasse und wie ist sie zu beseitigen? Und da liegt eine Antwort sofort auf der Hand. Von liberaler Seite ist es ja früher schon immer gesagt und vorausgesetzt worden, daß die Methode der Unterdrückung, der Gewalt, der Enthaltung der Rechte die Massen notwendig aufreizen und zur Opposition treiben muß. Aber die Reaktion hat von ihrer Regierungsmethode nicht gelassen. Immerfort werden die Arbeiter als Staatsangehörige zweiter oder dritter Klasse behandelt, als eine niedrige Rasse wie die Parias in Indien, als eine rechtlose Sklavenrasse wie die Heloten in Sparta. Für Gemeindevertretungen und Landtage ist ihr Wahlrecht beschränkt, gilt ihre Stimme weniger als andre. Vor den Gerichten wird ein Arbeiter, der mit der Polizei in Streit geraten ist, schwer bestraft, während ein burschikoser Student für schwerere Delikte straflos davonkommt. Ueberall Mangel an politischer und gesellschaftlicher Gleichberechtigung. Wird ein Sozialdemokrat durch das Vertrauen seiner Mitbürger zum Schöffen oder Gemeindevorsteher gewählt, die Regierung versagt die Befähigung. Sozialdemokraten dürfen keine öffentlichen Posten bekleiden. Oder, nach dem brutal-offenen historisch gewordenen Worte des seligen Jordan v. Kröcher: die Sozialdemokratie kann nur Objekt, kein Subjekt der Gesetzgebung sein. Sie wird regiert, darf aber nicht selbst mitregieren. Ist es da ein Wunder, daß die Forderung der Gleichberechtigung dieser Partei immer neue Scharen zuführt und sie zugleich zu der schärfsten Opposition gegen dieses ganze Staatswesen zwingt? Und so ist auch die Remedur nicht weit zu suchen.

In einer Schrift zum Kaiserjubiläum hat der hervorragende Historiker Lamprecht schon darauf hingewiesen. Er läßt sich durch die äußeren Erscheinungen von Macht und Glanz nicht blenden; er sieht sehr gut, wie in Deutschland das Proletariat dem Staate feindselig gegenübersteht. Er fordert als Abhilfe die positive Einordnung des „vierten Standes“ in den politischen Körper der Nation, damit er schöpferisch mitarbeiten kann. Denn der Staat hält es auf die Dauer nicht aus, daß einer so großen und wichtigen Klasse die positive politische Mitarbeit verweigert wird. Und in ähnlicher Weise äußert sich Graf Stolberg, ein konservativer Schriftsteller. Er steht auch in der systematischen Fernhaltung der Arbeiter von der Selbstverwaltung in Kreis, Provinz und Gemeinde die Ursache ihrer vaterlandlosen Gesinnung. Und er stellt der Lösung Kröchers diese Wahrheit gegenüber: „Solange es im Staate noch einen Stand gibt, der nicht wie die andern Stände überall auch

praktisch mitarbeiten kann, solange wird es auch im Staate einen Stand geben, der gegen ihn arbeitet.“

So anerkanntwert das selbständige Denken dieser Herren ist, so zeigen ihre Vorschläge doch, daß sie — wie auch nicht anders zu erwarten — keine blasse Ahnung haben, wo dem Proletariat der Schuh drückt. Die Arbeiterklasse leidet nicht in erster Linie unter dem Mangel an Gleichberechtigung, sondern unter der kapitalistischen Ausbeutung. Auch dort, wo die Arbeiter als freie gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt werden, leiden sie unter dieser wirtschaftlichen Sklaverei, unter Armut und Not. Aber mit der wirklichen Ursache ihres Elends haben sie auch den Weg zur Rettung erkannt. Die Ueberführung des Kapitalismus in eine sozialistische Produktion wird die Ausbeutung aufheben, die Klassen mit ihrer Ungleichheit beseitigen und die ganze Menschheit in eine Gemeinschaft freier, zusammenarbeitender Genossen umwandeln. Diese Zukunft zu verwirklichen ist die große revolutionäre Aufgabe des kämpfenden Proletariats. Und im Bewußtsein seiner historischen Rolle richtet es sich stolz empor; es schleudert den Herrschenden seine Kritik und seine Kampfanfrage ins Gesicht, und es fordert mehr als politische Gleichberechtigung, es fordert die politische Herrschaft.

Gewiß ist der Irrtum begreiflich. Weil das emporstrebende Proletariat die Ausbeutung bedroht, deshalb fürchtet sich die bestehende Klasse vor jeder Machtäußerung der Arbeiter; deshalb werden ihnen die politischen Rechte vorenthalten und deshalb werden sie gewaltsam unterdrückt. Und dann kommt zu der wirtschaftlichen Ausbeutung die politische Unterdrückung als neue Kraft, die die Volksmassen zum Kampf treibt, hinzu. Breite Massen, die sonst durch Mangel an klarer Einsicht zufrieden bleiben würden, werden durch das bittere Gefühl gesellschaftlicher Zurücksetzung zum Sozialismus geführt. So erklärt sich der liberale Irrtum, der die ganze Sozialdemokratie und ihre Unveröhnlichkeit für ein einfaches Produkt der reaktionären Politik hält. In Wirklichkeit ist die Ausbeutung die Grundlage, der Sozialismus das Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung, und die Empörung über das politische Unrecht wirkt nur als ihr mächtigstes Werbemittel.

Damit wird auch der Charakter der Vorschläge von Lamprecht und Stolberg klar. Sie beabsichtigen nicht, den tiefsten Grund des proletarischen Kampfes, die Ausbeutung, aufzuheben, sondern bloß, diesem Kampfe ihr stärkstes Werbemittel zu nehmen. Sicherung und Stärkung der bürgerlichen Gesellschaft durch Beseitigung dessen, was am meisten aufreizt, ist ihr Ziel. Würden sie dazu einer wirklichen politischen Gleichberechtigung das Wort reden und die volle Demokratie fordern, so fänden sie bei uns die stärkste Unterstützung; wir fordern ja am energischsten die Demokratie und die Gleichberechtigung, denn was wir dabei an aufreizenden Agitationsmitteln verlieren, gewinnen wir doppelt an politischen Kampfmöglichkeiten. Aber soweit gehen sie nicht. Nicht die Demokratie fordern sie, sondern die Mitarbeit des Proletariats. Graf Stolberg betont das ausdrücklich, indem er zugleich für Preußen ein Achtklassenwahlrecht vorschlägt; bei dem jede der acht Haupterwerbsgruppen eine feste Vertretung haben würde, also eine Neuaufgabe der alten Ständeversammlungen. Dem Proletariat soll nicht die Gelegenheit gegeben werden, die politische Herrschaft zu gewinnen, sondern bloß mitzureden. Nicht das Verfügungsrecht über den Staat, das ihm als Volksmehrheit und als Klasse der Zukunft zukommt, soll es bekommen, sondern es wird zur Mitarbeit zugelassen. Ihm wird gestattet, seine Wünsche und Beschwerden zu äußern, Vorschläge zu machen, aber die bürgerlichen Klassen behalten die Leitung, die Entscheidung; sie sollen bestimmen, was praktisch gemacht wird. Die scharfe Feindschaft des Proletariats, die die bürgerliche Gesellschaft bedroht, soll eingekullt werden, indem ihr Gelegenheit geboten wird, sich maßvoll zu äußern. Die Herrschaft des Kapitals wird fester begründet, indem die Arbeiter mit einem machtlosen Schein der Gleichberechtigung abgespeist werden. Darauf läuft jene Mitarbeit hinaus. Mitarbeit in der Tat, aber an der Erhaltung des Kapitalismus.

Damit ist schon gesagt, wie wenig solche Vorschläge ihr Ziel erreichen würden. Allerdings, ein richtiger Gedanke steckt darin: wo die Zurücksetzung des Proletariats eine starke Werbestraft für den Sozialismus ausübt, würde die Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger sehr viele

unklare Anhänger von uns ziehen, und damit könnte sicher im Anfang die Bewegung erheblich geschwächt und verwirrt werden. Aber weil damit der Kern des Übels nicht angefaßt wird, würde die Partei darüber doch wieder hinwegkommen, und die gebotene Gelegenheit zur Mitarbeit dazu benutzen, unsre prinzipiellen Forderungen lauter hören zu lassen. Und daher ist es höchst fraglich, ob solche klug gemeinten Vorschläge bei der herrschenden Klasse Gehör finden. So richtig Graf Stolberg ihr sagt: Irndlich ist der Glaube an die Möglichkeit gewalttätiger Unterdrückung — die Furcht treibt sie doch immer aufs neue auf diese Methode zurück.

Ein kleines Seitenstück zum Krupp-Prozeß.

In Nr. 1330 der Rheinisch-Westfälischen Zeitung war folgende Notiz zu lesen:

„Die Strafkammer verurteilte den früheren Bureaubeamten Wilhelm Adams von hier wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz und Diebstahls in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis. Der Verurteilte war im Frühjahr bei der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf als Arbeiter beschäftigt gewesen und hatte zweimal gefüllte Geschosshünder entwendet und mit in seine hiesige Wohnung genommen. Er hatte sie dann den französischen Militärbehörden zum Kauf angeboten. Gegen ihn war seinerzeit ein Verfahren wegen versuchten Betrags militärischer Geheimnisse eingeleitet worden, doch wurde es eingestellt, nachdem sich ergeben hatte, daß es sich nur um ausländische Hünder handelte.“

Kalt, kurz und trocken wird hier über ein Menschenschicksal berichtet. Gedankenlos geht der Leser darüber hinweg. Gewiß, es ist kein Brandt, kein Ceclius, kein Krupp. Und doch verdient die Sache einige Würdigung. Um so mehr, als sie auf ihren Ausgangspunkt in einen gewissen Vergleich mit dem Krupp-Prozeß gestellt werden darf. Der Ausgangspunkt war der Verrat militärischer Geheimnisse, übrig blieb nachher nur die Entwendung der zwei Hünder und das Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. Dafür allein erhielt der bisher unbestrafte Angeklagte 1 Jahr Gefängnis, 6 Monate mehr, als der Staatsanwalt beantragt hatte. Haben die Angeklagten Brandt und besonders Ceclius sich in wochenlangter Verhandlung in ausführlicher Weise über das Wie und Warum ihrer Taten äußern dürfen, so mag hier in aller Kürze gezeigt werden, wie der arme Schüler, Adams, zu seinem „Verrat militärischer Geheimnisse“ gekommen ist.

Adams war längere Jahre als Bureauarbeiter beim Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum angestellt. Er fühlte sich dann einmal bei der Gehaltsaufklärung übergangen, auch sonst ungerecht behandelt. Auf der andern Seite hatte er gelernt, mancherlei Ungerechtigkeit, bestehend in Bevorzugung gewisser Beamten, die sich bei den Vorgesetzten lieb Kind zu machen verstanden, beobachtet zu haben. Seine Beschwerden, die sich auch gegen den Direktor Kühn richteten, wurden abgewiesen. (Das Bochumer Parteiblatt hat seinerzeit mancherlei Unregelmäßigkeiten aus dem Verwaltungsbereich genannten Vereins zur öffentlichen Kenntnis gebracht.)

Adams wurde schließlich gekündigt. Die Aufregungen, die die Beschwerden, ihre Untersuchung und Abweisung schon mit sich gebracht, waren mit der erfolgten Kündigung noch gesteigert. Adams wurde krank und hat eine harterbige Nervosität, behalten. Dieser Zustand verschlimmerte sich natürlich noch, als alle Bemühungen um anderweitige Stellung erfolglos blieben. Nach seiner Ueberzeugung infolge ungünstiger Auskunft von Seiten des Knappschaftsleiters. An 200 Abgabebriefe auf Stellungsbesuche hatte er schon im Laufe der Zeit zusammen. Notdürftig und auf alle mögliche Weise hielt Adams sich mit seiner Familie über Wasser. Eine Stellung, die er nach etwa 1 1/2 Jahren auf einer Besche bekommen, verlor er wieder. Wie er annimmt, weil er sich wegen Nichtaufnahme in die Pensionskasse mit Nachdruck bei der zuständigen Stelle beschwerte, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gegeben hatte, daß seine Nichtaufnahme auf den Knappschaftsleiter zurückzuführen sei.

Zu Hause hatte A. gar nicht gewagt, von seiner erneuten Stellungslosigkeit zu reden. Noch 14 Tage nach seiner Entlassung täuschte er seiner Familie vor, als ginge er seinem Dienste nach, während er in Wirklichkeit fieberhaft nach neuer Arbeit suchte. Als alles vergebens, war er bis zum Arbeitsnachweis eines reicheren Vereins geraten. Dort erhielt er im März d. J. Arbeit nach Ehrhardt in Düsseldorf vermittelt. In der Werkstatt für Geschosshünder, A. fuhr nun jeden Morgen von Essen nach Düsseldorf, so daß ihm von seinem Lohn nur 3.30 Mk. pro Tag blieben. Das ging 4 Wochen. Da erhielt A. endgültigen Bescheid, daß er nicht den gesundheitlichen Anforderungen der Firma bzw. deren Pensionskasse entspreche. So wurde A. wieder arbeitslos. Das graue Elend stand wieder in seiner ganzen Härte vor seinen Augen. In dieser Lage, so sagte A. bei seiner Vernehmung in der ersten Verhandlung, sei er auf den Gedanken gekommen, der französischen Regierung einen holländischen und einen rumänischen Geschosshünder,

KONSUMVEREIN L-PLAGWITZ

und Umgegend

(Eingetr. Gen. m. b. H.)



Den geehrten Mitgliedern von Eutritzsch bringen wir hiermit zur Kenntnis, dass am Montag, den 17. November, unsere Verkaufsstelle von Magdalenenstr. 2 nach

Katzbachstrasse Nr. 36

verlegt wird. Die Lokalitäten sind der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Wir bitten unsere geehrten Mitglieder um recht lebhaften Zuspruch. DER VORSTAND.